

***Große Anfrage der Fraktion der CDU******Landstromversorgung in den bremischen Häfen***

Die Häfen bilden traditionell das Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Die Umschlagszahlen haben sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Allein im Jahr 2006 konnte ein Wachstum beim Container- und Stückgutumschlag von rund 20 % erreicht werden. Die Häfen sind der Motor für Wachstum und Beschäftigung im Land Bremen und spiegeln den Erfolg der umfangreichen Hafeninvestitionen in den letzten Jahren eindrucksvoll wider. Auch in Zukunft ist mit weiter steigenden Umschlagszahlen in den bremischen Häfen zu rechnen. Die Abwicklung des kontinentalen Warenaustausches erfolgt nach wie vor größtenteils über die See. Nach der Seeverkehrsprognose des Bundesverkehrsministeriums wird sich der Umschlag der deutschen Seehäfen, gemessen am Basisjahr 2004, bis zum Jahr 2025 mehr als verdoppeln.

Die steigenden Umschlagszahlen in den Häfen gehen auch mit einem zunehmenden Schiffsverkehr einher, der verschiedenste Umweltbelastungen mit sich bringt.

Im Grünbuch der EU zur künftigen Meerespolitik wird der Schifffahrtssektor weiterhin als eine der Hauptquellen für die Luftverschmutzung in Europa bezeichnet. In Hafenstädten verursachen Schiffe bis zu 90 % der Belastung mit Stick- und Schwefeloxiden.

Ziel muss es sein, die wirtschaftlich günstige Entwicklung der bremischen Häfen weiter zu unterstützen und gleichzeitig einen nachhaltigen Beitrag zur Senkung der Schiffsemissionen zu leisten. In diesem Zusammenhang wird zunehmend das Thema Landstromversorgung in die Diskussion eingebracht. Die landseitige Energieversorgung von Schiffen an ihren Liegeplätzen ist grundsätzlich geeignet, die Abgasbelastung durch Schiffsemissionen zu reduzieren. Weil Schiffs- und Hilfsmotoren während der Liegezeit abgeschaltet werden könnten, verringern sich nicht nur die Emissionen von Abgasen, es lassen sich auch Lärm- und Schwingungsbelastungen erheblich eindämmen. Die EU-Kommission sieht daher in ihrer Empfehlung vom 8. Mai 2006 vor, dass die Mitgliedstaaten den Aufbau einer Landstromversorgung an Schiffsliegeplätzen prüfen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie bewertet der Senat grundsätzlich den Aufbau einer landseitigen Stromversorgung in den bremischen Häfen im Hinblick auf die Reduzierung der Abgasbelastung durch Schiffsemissionen?
2. Wie hoch ist die tatsächliche Belastung in den bremischen Häfen durch Kohlendioxid, Kohlenmonoxid, Stickoxide und Schwefeloxide, die durch Schiffsemissionen verursacht werden, und wie haben sich diese Emissionen in den letzten Jahren entwickelt?
3. Wie hoch ist bei der derzeitigen Schiffsfrequenz in den bremischen Häfen der Bedarf an Strom, und kann dieser aus den bestehenden Kraftwerkskapazitäten gedeckt werden?
4. Welche technischen Schwierigkeiten müssen für eine landseitige Energieversorgung der Schiffe überwunden werden? Wie weit ist in diesem Zusammenhang die technische Standardisierung im Hinblick auf eine international einheitliche Landstromversorgung fortgeschritten?

5. Welche organisatorischen Anforderungen an die Schiffsabfertigung, insbesondere an die Vergabe von Schiffs Liegeplätzen ergeben sich durch eine mögliche Landstromversorgung der Schiffe?
6. Welche Anreize für Schiffsbetreiber befürwortet der Senat, um die Landstromversorgung von Schiffen auch tatsächlich zu nutzen? Wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang eine Steuerbefreiung für den auf Schiffen verbrauchten Strom oder die Staffelung der Hafengebühren nach dem Schadstoffausstoß? Wie steht der Senat zu einem möglichen Anschlusszwang?
7. Welche möglichen Alternativen zum Aufbau einer Landstromversorgung sieht der Senat, um die Schadstoffbelastung in den bremischen Häfen zu reduzieren?
8. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die für den Hafenbereich verantwortlichen Akteure (Behörden, Schifffahrtsämter, Hafenbetreiber, Reeder etc.) für einen emissionsarmen Betrieb der Schiffe im Hafen zu sensibilisieren?
9. Wie bewertet der Senat eine auf europäischer Ebene abgestimmte Initiative zur Landstromversorgung mit dem Ziel, Wettbewerbsnachteile für die deutschen Häfen zu vermeiden?

Paul Bödeker, Frank Imhoff,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU